

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin  
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post 5 M., unter Streifenband 6,00 M. Schriftleitung und Verzeichn. Berlin S 42, Laisanstr. 1 :: Fernruf: Moritzplatz 2726 Erscheint wöchentlich Sonnabends

Redaktionsschluß ist von jetzt ab Freitag nachmittags 5 Uhr.

In der Zeit vom 2. bis 8. Januar ist der Beitrag für die 2. Woche fällig.

## 1921.

Ein bekanntes Dichterwort sagt: „Dreifach ist der Schritt der Zeit: Zögernd kommt die Zukunft angezogen, pfeilschnell ist das Jetzt entflohen, ewig still steht die Vergangenheit.“ Wo wird uns wohl der tiefere Sinn dieses Ausspruches klarer, als an der Wende eines Jahres, wenn jeder die Hoffnungen und Enttäuschungen des vergangenen Zeitabschnittes an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, um mit neuem Mut den Kampf ums Dasein zu beginnen. Auch wir können uns solchen Erwägungen nicht verschließen, denn auf der Plattform der Organisation spielt sich das Ringen um die Ideale der arbeitenden Menschheit ab, von ihrer Größe und Macht, von ihrem Geist wird das Tempo der Verwirklichung unserer heißen Wünsche beeinflusst. Und wenn uns auch das Ergebnis der Vergangenheit nicht in allen Teilen befriedigt, so können wir doch mit Genugtuung feststellen, daß die Gewerkschaften, unser Verband, als festes Bollwerk dem vereinten Ansturm aller unser offenen und versteckten Gegner standgehalten haben, daß die Anfänge einer neuen, Verheißungsvollen Zeit in unserer Erinnerung unausschließlich eingegraben sind und in dem stolzen Bewußtsein, Zeugen und Verkünder einer neuen Epoche zu sein, werden wir auch die Kraft zum Endkampf um unsere Befreiung von den Fesseln der geistigen und wirtschaftlichen Not der Gegenwart finden. Der Sozialismus, als die Religion der Enterbten und Entrechteten, soll unser Leitstern, die große Menschenfamilie unser Ziel sein. Dazu brauchen wir Mitstreiter, bereit, die Hindernisse des Kapitalismus, der Selbstsucht und Dummheit zu stürmen, den Ungläubigen und Schwankenden ein leuchtendes Beispiel zu geben.

Gedenken wir darum der Vorkämpfer, die nicht mehr in unserer Mitte weilen und geloben wir uns, die Reihen der Streiter zu füllen, die Geister zu klären und treu zur Bewegung zu stehen.

Wir kämpfen für Freiheit und Recht, gegen Reaktion und Gewalt, darum glücklich im Neuen Jahr!

Vorstand und Schriftleitung.

## Das Siedlungsproblem als Zentralproblem unseres Wiederaufbaues.)

Von A. Ellinger.

Während des Krieges ist in Deutschland eine gewaltige Wohnungsnot entstanden, die bis jetzt durch Maßnahmen der verschiedensten Art zwar ein wenig gemildert, doch keineswegs beseitigt worden ist. Es geht aber nicht an, daß man Neuwohnungen einfach dort baut, wo sich aus dem Zusammensein großer Menschenmassen aus der Kriegs- oder Vorkriegszeit her eine Wohnungsnot ergibt, ohne Rücksicht darauf, ob sich für diese Menschenmassen am Ort in Zukunft auch eine wirtschaftliche Existenz finden läßt oder nicht. Wir haben vielmehr den heutigen Stand und die voraussichtliche Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse eingehend zu prüfen und auf Grund des Befundes eine großzügige Siedlungspolitik zu treiben, eine Siedlungspolitik, die zugleich Wirtschafts- und Ernährungspolitik sein und dem Wiederaufbau Deutschlands dienen muß.

Das ist auf zweierlei Wegen möglich: entweder muß ein Volk seine landwirtschaftliche Erzeugung so steigern, daß sie mit der

Bevölkerungsvermehrung gleichen Schritt hält, oder es muß seine Industrie so fördern, daß es Industrieerzeugnisse in großem Umfang ausführen und dafür die fehlenden Nahrungsmittel eintauschen kann.

Der zweite Weg verspricht selbst unter den genannten Voraussetzungen nicht für alle Zeiten sicheren Erfolg. Denn auch die heute noch dünnbesiedelten und große landwirtschaftliche Überschüsse abwerfenden Agrarländer wandeln sich mit ihrer Bevölkerungszunahme und ihrer dichteren Besiedlung allmählich in Industriestaaten um, die ihre Bodenerzeugnisse in steigendem Maße selber verbrauchen. Die größtmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in den heutigen Industrieländern wird später schon aus diesem Grunde zu einem zwingenden Gebot.

Die letzten vier Jahrzehnte vor dem Kriege haben Deutschland einen Bevölkerungszuwachs von rund 25 Millionen Menschen gebracht. Diesen Bevölkerungszuwachs konnte der deutsche Boden nicht ernähren — nicht, weil er dazu überhaupt nicht imstande war, sondern weil in Deutschland — wie in allen kapitalistischen Ländern — das herrschende Bodenrecht und die bestehende Machtverteilung im Staate einer intensiven Ausnutzung des Bodens im Wege stand. Infolge dieses Bodenrechts fand selbst der bäuerliche Bevölkerungszuwachs auf dem Lande keine ausreichende Existenz. Getrieben durch die bornierte Politik der Gesindeordnungen und angezogen von den höheren Löhnen, den besseren Lebensbedingungen und den mancherlei Annehmlichkeiten des Stadtdaseins, strömte die ländliche Jugend zum guten Teil in die Stadt, wo sie Aufnahme fand in der unter staatlicher Förderung rasch wachsenden Industrie. Und während in Deutschland selbst infolge des herrschenden Bodenrechts Millionen Hektare Boden als Od- und Brachland liegen blieben, weil die Besitzer dieses Landes an seiner Bewirtschaftung kein Interesse hatten, während weitere Millionen Hektare Boden infolge des gleichen Bodenrechts und des herrschenden Leutenmangels nur höchst mangelhaft bewirtschaftet wurden, hat man in der Südssee und in Afrika mit gewaltigen Mitteln kolonisiert. Die Kolonien sollten die Menschen aufnehmen, für die im Lande selbst infolge des herrschenden Bodenrechts kein Platz mehr war, sie sollten die Rohstoffe liefern, deren Deutschland zur Erweiterung seiner Industrie bedurfte. Denn die deutsche Industrie mußte erweitert werden, um dem Bevölkerungszuwachs Arbeit und den Städten im Austausch gegen Industrieprodukte die fehlenden Nahrungsmittel aus dem Ausland zu beschaffen. Für seine städtische und industrielle Bevölkerung führte Deutschland Jahr für Jahr in steigendem Maße Lebensmittel ein.

Um neue Absatzmärkte für seine Industrieerzeugnisse zu gewinnen, seine Warenausfuhr zu fördern und gleichzeitig ausländische Industrieerzeugnisse möglichst vom heimischen Markt fernzuhalten, griff Deutschland zu seiner Schutzzollpolitik, die ihm die Konkurrenz anderer Staaten überwinden half. Zur Sicherung der gewonnenen Absatzmärkte, zur Vermehrung seiner Rohstoffquellen und zur Sicherung seiner Nahrungsmittelzufuhr schuf es sich in seiner Militärmacht und in seiner Flotte jenes gewaltige Machtinstrument, das zusammen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands andere Großstaaten in steigende Unruhe versetzte und zu dem bekannten Wettläufer Anlaß gab. Die Folge dieser ganzen Entwicklung war der Weltkrieg, in dessen Verlauf der deutsche Imperialismus gegen den Imperialismus der Westmächte unterlag.

Aus diesen Tatsachen gilt es heute für Deutschland auf siedlungs- und ernährungspolitischen Gebiet die Folgerungen zu ziehen.

Es fehlen Deutschland etwa 30 bis 40 % seines Nahrungsmittelbedarfs aus eigenem Boden. Die Erzeugung dieser Nahrungsmittel durch die deutsche Landwirtschaft in ihrer heutigen Verfassung ist unmöglich. Gemessen an dem Nahrungsmittelbedarf

\*) Vorstehender Artikel wurde aus dem Berufsinteresse wegen vom Verleger freundlichst zur Verfügung gestellt, leider mußten wir ihn stark kürzen. Trotzdem hoffen wir, daß er bei der großen Bedeutung des Problems zu einem weiteren Gedankenaustausch anregen wird

des deutschen Volkes, ist die Zahl der in der deutschen Landwirtschaft tätigen Kräfte viel zu klein, zumal die Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens infolge der Auspöwerung während des Krieges, des Mangels an Düngstoffen und Zugvieh gegen früher gewaltig zurückgegangen ist. Einige seiner fruchtbarsten Versorgungsgebiete sind überdies Deutschland durch den Friedensvertrag verlorengegangen. Die Einfuhr der fehlenden Nahrungsmittel aus dem Auslande ist aber in dem erforderlichen Umfang nicht mehr möglich. Seine Bewegungsfreiheit auf dem Weltmarkt ist eingeschränkt, sein Handel wird von fremden Mächten kontrolliert. Seine Absatzgebiete sind ihm zum größten Teil genommen; seine Handelsflotte, die früher die deutschen Waren in die fernsten Länder trug, und deren Erträge ebenfalls zum Einkauf ausländischer Lebensmittel und Rohstoffe verwendet werden konnten, besitzt es nicht mehr. Ein großer Teil seiner heimischen Rohstoffquellen ist ihm durch die Abtrennung deutscher Gebiete verlorengegangen. Ausländische Rohstoffe kann es nur noch insoweit erhalten, als dies ein fremder Imperialismus erlaubt. Ja selbst die Verfügung über seine heimischen Kohlenerschätze ist ihm zum guten Teil genommen. Durch all das ist die industrielle und kommerzielle Entwicklung Deutschlands unterbunden, eine Wareneinfuhr in früherem Umfang ist auf lange hinaus nicht mehr möglich, und damit fällt auch die Möglichkeit der dauernden Lebensmitteleinfuhr im früheren und erst recht im heute erforderlichen Umfang fort.

So ist das deutsche Volk, wenn es nicht dauernd hungern will, zur Steigerung seiner landwirtschaftlichen Erzeugung einfach gezwungen. Und diese Steigerung ist nur möglich durch eine Umgruppierung unserer Bevölkerung und unserer Volkswirtschaft in der Richtung von der Stadt aufs Land, dadurch, daß von der durch den Kriegsausgang in Handel und Industrie existenzlos gewordenen Bevölkerung dem Boden so viel Arbeitskräfte zugeführt werden, als dieser zu seiner intensiven Bewirtschaftung und zur Hervorbringung der fehlenden Nahrung bedarf.

Die Möglichkeit zur Umgruppierung unserer Bevölkerung und einer planmäßigen Siedlungspolitik ist heute infolge der politischen Umwälzung und einer völlig neuen Machtverteilung im Staate gegeben. Zwar besteht das Privateigentum an Grund und Boden immer noch; aber durch mehrere Verordnungen beziehungsweise Gesetze haben die ehemaligen Volksbeauftragten und später die Nationalversammlung Bresche in die Heiligkeit dieses Eigentums gelegt.

So groß nun auch der Fortschritt ist, der in allen diesen Gesetzesbestimmungen gegenüber dem früheren Rechtszustand liegt, so reichen doch diese Bestimmungen zur praktischen und raschen Durchführung des Siedlungswerkes keineswegs aus. An Bewerbern um Siedlerstellen fehlt es zwar nicht, wohl aber fehlt es, trotz aller schönen papiernen Bestimmungen, zum Teil immer noch an Siedlungsland. Ganz besonders fehlt es aber an Mitteln zum Heimstättenbau. Hier muß das Reich eingreifen und durch großzügige Sozialisierungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungswesens die nötigen Mittel beschaffen. Nur sollte man bei alledem darauf achten, daß mit den von der Allgemeinheit aufgebrauchten Mitteln nicht wieder neues Privateigentum geschaffen wird, vielmehr ist die Schaffung sozialen Eigentums anzustreben. Besonders ist auch die genossenschaftliche Ansiedlung zu fördern. Das Reichsheimstättengesetz ist in dieser Beziehung völlig unzulänglich.

Leichter begehbar und sicher auch rascher zum Erfolg führend als die Schaffung von Bauernstellen auf dem Lande ist ein anderer Weg der inneren Kolonisation, nämlich die Kolonisierung Deutschlands von den Städten aus auf dem Wege der Stadt-Landkultur. Dafür wird in letzter Zeit von hervorragenden Fachmännern lebhaft Stimmung gemacht. Man weist darauf hin, daß zur Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen dem Nahrungsbedarf des deutschen Volkes und der heutigen Erzeugungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft die Umsiedlung von mindestens 10—15 Millionen Menschen nötig wäre, was an finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten, aber auch an dem Widerstand der Städte und an ihrer Ungeeignetheit für eine landwirtschaftliche Betätigung scheitern würde. Die Umsiedlung so großer Menschenmassen von der Stadt aufs Land könnte aber nach Ansicht der Vertreter dieser Richtung auch wegfallen, weil unsere Städte selbst bei geeigneter gärtnerischer Bearbeitung mehr als genügend Land zur Erzeugung der fehlenden Nahrungsmittel haben; sie sollen selbst zu Trägern der inneren Kolonisation werden und ihre bedeutenden technischen und materiellen Hilfsmittel: ihre Düngstoffe, die heute nutzlos in die Ströme fließen, ihre elektrische Kraft zur motorischen Bearbeitung des Bodens, ihre Wasserleitungen zur künstlichen Beregnung usw., einer großzügigen Kultivierung des umliegenden Stadtlandes nutzbar machen.

„Wer je beobachtet hat“, sagt „Die Volkswohnung“, „wie dürr und gänzlich unfruchtbar erscheinendes Vorstadtgelände, brachliegende Bauplätze usw. in kürzester Zeit durch mühsame und opferwillige Bearbeitung in grünendes Lauben- und Garten-

land verwandelt wurde, wird Ursprung und Ziel dieser Idee verstehen.“

Aber die Erzeugung der fehlenden Nahrungsmittel durch nebenberufliche Kleingärtner ist nicht das eigentliche Ziel der Bewegung; denn die Kleingärtner besitzen größtenteils weder die Zeit noch die Befähigung zu einer wirklich intensiven Bodenkultur. Das Ziel ist vielmehr die Bewirtschaftung der Stadt- und Vorstadtgelände durch berufsmäßige Gärtner. Und zwar schlägt der Ingenieur K. v. Meyenburg in Basel die Aufschließung dieser Gelände durch die Städte selbst und ihre genossenschaftliche Bewirtschaftung vor. Nicht in kleinen Siedelgärten, sondern in rationell angelegten, genossenschaftlich betriebenen Großgärten von 5—10 Hektar Größe müßten je 5—10 gelernte Gärtner oder sonst für Gartenarbeit geeignete Personen unter tüchtiger fachlicher Oberleitung und ausgerüstet mit den besten Gartenbaumaschinen, Beregnungsanlagen und sonstigen technischen Hilfsmitteln die Nahrung für 40—50 Menschen erzeugen. 250 000 bis 500 000 solcher Gärtner könnten auf einer Fläche von 250 000 bis 500 000 Hektar (gleich 1—2 % des deutschen Kulturbodens ohne Wald) die Nahrung von 12—24 Millionen Menschen erzeugen.

Wenn man bedenkt, auf welchem kleinem Stückchen Land unsere heutigen, zum größten Teil noch nicht einmal rationell betriebenen Gärtnereien große Mengen Nahrungsmittel liefern, wird man diese Erwartungen nicht als utopisch ansehen können. Zweifellos kann durch die Verwirklichung dieser Anregungen für unsere in Handel und Industrie existenzlos werdenden Volksgenossen leichter Arbeit und für unsere gesamte städtische und industrielle Bevölkerung leichter die nötige Nahrung geschaffen werden als durch eine selbst umfangreiche Siedlung auf dem Lande. Leberecht Miggge hat recht: einige tausend Kleinbauern versorgen in der Hauptsache nur sich selbst; eine Viertel oder eine halbe Million Stadtgärtner aber auf einem gleich großen Stück Land auch die Millionen Menschen, für die heute in Deutschland die Nahrung fehlt. Wozu noch kommt, daß die Schwierigkeit und die Kosten für die Kolonisierung Deutschlands von den Städten aus weit geringer sind als bei der reinen Landsiedlung, schon weil für einen großen Teil der Stadtgärtner keine neuen Wohnungen zu bauen sind.

Die Voraussetzung für das Gelingen der Stadt-Landsiedlung ist freilich eine ganz neue, die Siedlungsbestrebungen fördernde Verkehrspolitik und die Aufgabe der alten Bebauungspläne. Die Städte verhindern damit die sonst unfehlbar in großem Umfang einsetzende Abwanderung, sie verschaffen ihrer Bevölkerung die heute fehlenden Nahrungsmittel und machen sich als Selbstversorger wenigstens bis zu einem gewissen Grade unabhängig vom Lande, dem verteuerten Zwischenhandel und den Unsicherheiten des Transportes.

Die ländlichen Siedlungsbestrebungen brauchen deshalb nicht aufgegeben werden; denn über ein gewisses Maß hinaus lassen sich ja auch unsere Städte nicht erweitern, und der Hauptteil unserer Fleischnahrung, ferner unserer Kartoffeln und unseres Brotgetreides wird sicher noch für lange Zeit im landwirtschaftlichen und nicht im gärtnerischen Betrieb erzeugt werden müssen, wenn auch mit zunehmender Bevölkerungszahl mit einer viel intensiveren Bearbeitung des landwirtschaftlichen Bodens zu rechnen ist.

## Streik in der Berliner Handelsgärtnerei.

Eine gutbesuchte Versammlung vom 15. Dezember 1920 lehnte das Angebot des Arbeitgeberverbandes einstimmig ab. Es wurde beschlossen, an den gestellten Forderungen festzuhalten, sie den einzelnen Unternehmern zu unterbreiten und bei Nichtanerkennung die Arbeit niederzulegen. Trotz der für uns ungünstigen Zeit — es ist dies der erste Winterstreik größeren Umfangs in der Handelsgärtnerei — wurde der Beschluß durchgeführt. In fast allen Groß- und Mittelbetrieben sowie in zahlreichen Kleinbetrieben ist es zur Arbeitsniederlegung gekommen. Verschiedene Firmen bewilligten die Forderungen sofort, im Verlauf von einigen Tagen sahen sich die meisten anderen genötigt, sie ebenfalls anzuerkennen, da keine Arbeitswilligen aufzutreiben waren. In einzelnen Fällen war die Erbitterung auf beiden Seiten gleich groß, so daß der Kampf weiter geführt werden mußte.

Einen derartigen Verlauf der Lohnbewegung hatten die meisten Unternehmer nicht erwartet, sie glaubten vielmehr durch Drohungen, daß die Streikenden nicht wieder eingestellt würden, die Arbeiterschaft einschüchtern zu können.

Die Schuld an dem Ausbruch des Streiks wurde, wie üblich, den Arbeitnehmern in die Schuhe geschoben. Man behauptete sogar, daß der Streik leichtfertig inszeniert sei, weil die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß nicht abgewartet worden sei. Man könnte über diese Dinge eigentlich hinweggehen, aber im Laufe der Bewegung hat es sich herausgestellt, daß selbst verschiedene Unternehmer die eingeschlagene Taktik ihrer Leitung nicht billigten.



Wie lagen denn die Dinge in Wirklichkeit? Die Arbeitgeber lehnten zunächst jede Verhandlung ab. Sie erklärten, die Kündigung des Tarifs wäre nicht zu Recht erfolgt, weil die Unterschrift des Deutschen Gärtnerverbandes gefehlt habe. Erst durch die Bestätigung von dieser Seite wären sie zu Verhandlungen bereit.

Bei der nun folgenden Sitzung wurde von den Arbeitgebervertretern verlangt, daß ihre Lohngruppen einzeln verhandelt sollten. Auf unseren Hinweis, daß bisher trotz aller Abmachungen Verhandlungen mit den einzelnen Lohnbezirken nicht zustande kamen, wurde die Erklärung abgegeben, daß diese bereit sind, in kürzester Frist in Verhandlungen einzutreten. Trotz dieser Erklärung, die von den Vorsitzenden der einzelnen Lohnbezirke bekräftigt wurde, hat es nur der Bezirk Berlin I für notwendig erachtet, das gegebene Wort einzulösen. Nebenbei sei bemerkt, daß diese Bezirkseinteilung eine Irreführung der Öffentlichkeit bedeutet. Es konnte klipp und klar nachgewiesen werden, daß verschiedene Bezirke in Wirklichkeit gar nicht existierten. Ob sie jetzt vorhanden sind, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls finden sich nur ganz Eingeweihte mit dieser Einteilung zurecht. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am 18. Dezember war es den Arbeitgebervertretern nicht möglich, ein klares Bild darüber zu geben, so daß der Vorsitzende erklären mußte: „Da finde ich mich nicht zurecht.“

Der Bezirk Berlin I war unter gewissen Voraussetzungen bereit, eine Lohnerhöhung von 15 % zu bewilligen. Auf einmal entdeckte man, daß die Lohnregelung der Lehrlinge Privatsache des Arbeitgebers ist. Weiter sollten wir den gestellten Antrag auf allgemeine Verbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages für Groß-Berlin zurückziehen. Endlich sollte der Schlichtungsausschuß nicht angerufen werden. Unter diesen Umständen waren wir gezwungen, das Angebot abzulehnen.

Der letzte Verständigungsversuch wurde wieder von der Arbeitgeberorganisation verteidelt. Der Schlichtungsausschuß sollte nämlich am 15. Dezember tagen. Auf Antrag der Arbeitgeber wurde jedoch der Termin am 14. Dezember vertagt, angeblich deswegen, weil zwei Vorstandsmitglieder fern von Madrid weilten. Man hielt es nicht einmal für notwendig, für eine geeignete Vertretung zu sorgen. Die Arbeiterschaft sollte also so lange warten, bis die beiden Herren in der Lage waren, an der Verhandlung teilzunehmen.

Wie uns vom Schlichtungsausschuß mitgeteilt wurde, soll arbeitgeberseits erklärt worden sein, daß sich die Arbeitnehmerorganisationen mit der Vertagung des Termins einverstanden erklärt hätten. Wir sind nicht in der Lage, die Herkunft dieser Angabe nachzuprüfen; unsererseits ist sie jedenfalls nicht erfolgt.

Da bereits im vergangenen Jahre, als die Arbeitgeberorganisation den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ablehnte, der Vorwurf erhoben wurde, wir hätten nicht die Entscheidung des Demobilisierungskommissars abgewartet und somit vorzeitig die Verhandlungen abgebrochen, genügt wohl eine Feststellung der Tatsachen. Jeder Unbefangene mag sich ein Urteil bilden. Wir wollen nur noch darauf hinweisen, daß von Arbeitgeberseite bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit auf die Entscheidung des Berliner Demobilisierungskommissars anlässlich der Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Berliner Privatgärtnerei hingewiesen wird, um zu beweisen, daß man zum Abschluß von Tarifverträgen nicht gezwungen werden kann. Zeigt man uns damit nicht den Weg, der notgedrungen beschritten werden muß?

Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses sprach uns eine Lohnerhöhung von 20 % zu. Für Lehrlinge wurden 30, 36 und 45 Mk. wöchentlich festgesetzt. Trotzdem bereits eine Reihe von Firmen die Forderung von 25 % Lohnerhöhung bewilligt hatten, nahmen wir den Schiedsspruch an, während ihn die Arbeitgeber wie im Vorjahr ablehnten!

Man sieht also wieder einmal, was wir von unseren Unternehmern zu erwarten haben und daß es unsere Pflicht ist, jederzeit gerüstet zu sein. Die Verwirrung im hiesigen Unternehmerlager kann nicht mehr überboten werden, ihre Gesundung ist nur durch ein geschlossenes und zielbewußtes Vorgehen unsererseits möglich!

E. Bernotat.

## Arbeitskämpfe und Tarife

**Neumünster.** (Lohnstarif für Sagers Baumschule.) Vollgehilfen 4,10 Mk., Junggehilfen 3,80 Mk., Arbeiter über 18 Jahre 3,80 Mk., Frauen 2,45 Mk. Sofern in Halstenbek nicht beiderseitige Vereinbarungen einen höheren Zuschlag vorsehen, tritt dieser mit dem Tag der dortigen Vereinbarung auch hier in Kraft, jedoch als frühester Termin der Tag der dortigen Unterschrift.

**Westfalen-Osnabrück.** Die Verhandlungen über den Provinzialtarif am 18. Dezember für die Zeit nach dem 1. Januar 1921 sind gescheitert. Die Arbeitgeber unterbreiteten uns einen Entwurf, aus dem vorsichtigerweise der Abschnitt, der die Lohnordnung enthielt, herausgeschnitten worden war. Herr I. Kamp, das

Sprachrohr der Unternehmer, erklärte, man wäre sich über eine andere Staffellung einig geworden und darum dieser Ausschnitt. Wahr ist, daß er sehr genau wußte, daß wir bei den Verhandlungen garnicht bis zu diesem Absatz kamen, man entfernte darum dieses Lohnangebot entweder aus Scham oder, um uns kein weiteres Agitationsmittel in die Hand zu geben und verweigerte auch auf unser Ersuchen die Auskunft. Wir erfuhren aber trotzdem, daß das Lohnangebot der Arbeitgeber für das Jahr 1921 noch bedeutend unter den Sätzen sich bewegte, die wir im August 1920 gefordert hatten. Das sagt genug.

Das beste Angebot der Herren war die Arbeitszeit. Vier Wintermonate 48 Stunden, acht Monate 60 Stunden die Woche oder täglich zehn Stunden; dann erst Überstunden. Und das für alle Branchen. Unser äußerstes Angebot von neun Stunden für acht Monate wollten sie nur für Landschaft annehmen. Unsern Vorschlag, es bei dem bisherigen Passus zu belassen: „Die Arbeitszeit richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen“, wollten sie annehmen, wenn wir tariflich festlegten, daß die Landarbeitsordnung für unsern Beruf gelten sollte. Als wir ihnen den Vorschlag machten, nachdem sie immer die Leute bedauerten, die bei der kurzen Sommerarbeitszeit im Herbst entlassen werden müßten, tariflich festzulegen, daß im Falle der Annahme ihres Vorschlages im Herbst und Winter keine Leute entlassen werden dürften, lehnten sie schnell ab. Im Versprechen groß, nur nicht im Verpflichten. So kam es, daß die Verhandlungen als zwecklos abgebrochen wurden.

Aber noch mehr, Herr Kamp mimt nicht nur den ollen ehrlichen Seemann, sondern er ist auch der Vater neuer großer Gedanken. Sein Entwurf enthielt u. a. auch den Passus: „Dieser Tarif tritt an dem Tage in Kraft, an welchem er vom Reichsarbeitsministerium als allgemein verbindlich erklärt und in das Tarifregister eingetragen wird.“

Da sage nun noch einer, man will uns nicht wohl. Herr K. weiß ganz gut, daß solch eine Verbindlichkeitserklärung oft ein halbes Jahr dauert, sicher aber einige Monate, wenn sie überhaupt ausgesprochen wird. So lange sollte natürlich der Hunger-Lohnstarif gelten. Steigt den Herren nicht die Schamröte ins Gesicht? Wir glaubten, das bei einigen bemerken zu können. Sie waren peinlich berührt von der Art und Weise, wie ihr Führer derartig ernste Lebensfragen unseres Berufs behandelte. Wir wissen wohl auch, daß er dabei nichts zu riskieren hat mit seinen zwei Lehrlingen und seinem Sohn. Wir sind überzeugt, daß eine ganze Reihe von Arbeitgebern, angewidert durch derartiges Verhalten, eine Verständigung mit uns suchen und finden werden. Die ändern mögen mit ihrer Lehrlingsausbeutung und ihren Halbdioten verkommen oder zu gelegener Zeit die Macht der Organisation zu spüren bekommen. Das „Hietzen“ besorgen sie so sehr ausgiebig, unser Weizen blüht dabei.

Unsere Berufsgenossen mögen aber auch aus diesem Fall wieder ersehen, was sie zu erwarten haben, wenn sie sich auf das Wohlwollen ihrer Chefs verlassen. In der Hochkonjunktur ausgepreßt, mit recht viel Überstunden, einigen Zigarren und Versprechungen gefüttert, vielleicht auch mit einem alten Anzug bedacht. Dann aber raus, wenn die Tage kurz werden, der Grund ist leicht gefunden. Und doch, — nur zu oft ist diese Behandlung verdient.

H. Link.

## Erfolgreiche Tarifbewegung im Freistaat Danzig.

Seit Anfang September steht unsere Danziger Verwaltung in einer Bewegung zur Erhöhung ihres seit dem 13. April 1920 bestehenden Tariflohnes. Die Unternehmer sträubten sich mit allen Mitteln gegen deren Aufbesserung. Verhandlungen von Organisation zu Organisation scheiterten. Der Schlichtungsausschuß mußte in mehreren Verhandlungen zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Erst, als unsere Kollegen eine Verbindlichkeitserklärung durch den Regierungspräsidenten anstrebten, war eine Einigung zu ermöglichen. Am 30. November wurden die letzten Verhandlungen abgeschlossen. Auf die bisher bestehenden Tariflöhne von 1,80—2,50 Mk. für Gelehrte, 1,60—1,80 Mk. für Ungelernte und 0,80—1 Mk. für Arbeiterinnen wird nun eine tägliche Feuerungszulage von 8 Mk. für Verheiratete und 5 Mk. für Ledige und Weibliche gezahlt. Diese Abmachung gilt auch für die Baumschulen in Praust.

Auch für die Blumengeschäftsangestellten konnte die Bewegung erfolgreich durchgeführt werden. Binderinnen, die einen Wochenlohn von 75 Mk. erhielten, bekommen einen Zuschlag von 20 %, höher entlohnte Kräfte einen solchen von 25 Mk. wöchentlich. Dieser Erfolg ist sehr erfreulich. Es wäre sicher noch mehr erreicht worden, wenn sämtliche Beschäftigten der Organisation angehört hätten. Leider können sich die Unternehmer immer auf die Unorganisierten berufen, die als die mit den Verhältnissen Zufriedenen bezeichnet werden. Es ist Aufgabe der Danziger Kollegen, diesen die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Verbandszugehörigkeit vor Augen zu führen, damit es den vor uns liegenden Wochen möglich ist, weitere Fortschritte zu erzielen.

## Privatgärtnerei

### Rückblick und Ausschau!

Wieder ist ein Jahr der Vergangenheit einverleibt und ein neues hat seinen Einzug gehalten. Dem Gewesenen soll man nicht nachtrauern, aber daraus seine Lehren für die Zukunft ziehen.

Was ist nun für uns Privat- und Gutsgärtner aus dem vergangenen Jahre zu lernen?

Nachdem bereits im Jahre 1919 ein großer Teil der Errungenschaften der Paar-Tage-Revolution vom November 1918 verloren gegangen war, gelang es im Jahre 1920 den Agrariern, Großindustriellen und sonstigen Großkapitalisten, die Regierung des Reichs wieder in ihre Hände zu bekommen und so ihre arbeitfeindliche Taktik fortzusetzen.

Und weshalb konnte es so kommen? —

Auch wir Privat- und Gutsgärtner, die wir doch fast ausnahmslos bei derartigen Leuten in Diensten stehen, haben uns einen großen Teil Schuld an diesen Verhältnissen mit zuzuschreiben.

War es nicht unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, uns ein Herz zu fassen und uns nun auch durch die Tat durch den Zusammenschluß in unserer Organisation gegen unsere Unterdrücker zu wenden? Aber wer ballte die Faust in der Tasche und schimpfte, wenn er allein war?

Haben nicht viele von uns gelegentlich der Wahlen in Staat und Gemeinde ihre Stimme für diejenigen abgegeben, die nicht laut genug nach Revanchekrieg und damit nach Arbeiterblut schreien können? Oder durch Stimmenthaltung diesen Leuten indirekt Beistand geleistet? Oder Frau und wahlberechtigte Töchter am Tage der Wahl zuhause gelassen, anstatt ihre Stimme unseren Parteien zuzuführen? — — — Wo ist die starke Front der Privat- und Gutsgärtner gegenüber ihren Arbeitgebern? Haben wir die Versammlungen unserer Organisation nicht oft aus nichtigen Gründen geschwänzt? Waren wir nicht selbst zur Mitarbeit für das Verbandsleben, im Interesse unseres eigenen wirtschaftlichen Fortkommens, zu träge? Hätten wir nicht insbesondere durch Einzelagitator unsere Reihen mehr stärken können?

Prüfen wir alle diese Fragen, so werden wir sie leider zu unseren Ungunsten entscheiden müssen. Deshalb sollte unser Grundsatz im neuen Jahre lauten: „Bei uns muß es anders und besser werden! Wir wollen alle mithelfen!“

Sorgt dafür, daß bei den kommenden Wahlen Eure und Eurer Angehörigen Stimmen den sozialistischen Parteien zufallen. Laßt Euch durch nichts von der Teilnahme zur Wahl abhalten. Sorgt ferner dafür, daß möglichst alle unserer Berufskollegen und Kolleginnen sich unserer freien Gewerkschaft anschließen. Denn nur bei uns werden Eure eigensten Interessen vorteilhaft vertreten! — Habt Ihr nicht erst kürzlich gelesen, daß christliche Gewerkschaftsführer den Achtstundentag als „verhängnisvolles Geschenk“ bezeichneten und ist Euch dabei nicht bewußt geworden, daß diese Führer ihre Hand zur Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen und zur weiteren Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft anboten?

Habt Ihr nicht gehört, daß ein Führer eines christlichen Verbandes sagt: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung steht mit Überzeugung auf dem Boden der monarchischen Staatsform.“ Habt Ihr dabei bedacht, daß das Wiederaufbau des Militärstaates und neue Kriege bedeutet? Ist es Euch nicht bekannt, daß die christlichen Gewerkschaften die „Notwendigkeit der Revolution“ bezweifeln? Sagt Euch das nicht genug?

Agitiert also für unseren Verband, betreibt besonders Einzelagitator. Besucht seine Versammlungen, gebt immer neue Anregungen und tauscht Erfahrungen aus. Ist irgend ein Posten in den Bezirken zu vergeben, so sollen sich die Befähigten nicht sträuben, ihn anzunehmen, nur weil etwas Arbeit und Mühe damit verbunden ist. Jeder muß uns in unserem schweren Kampfe unterstützen, wenn auch Unbequemlichkeiten für den einzelnen nicht zu vermeiden sind. Nur dadurch, daß auch der kleinste Bezirk und die kleinste Gruppe, ja selbst jedes Einzelmitglied dem Verbande gegenüber seine Pflicht tut, kann Großes geleistet werden. — Im Jahre 1920 hatten wir in unserer Branche zahlreiche Teilerfolge und nun liegt es an uns, im neuen Jahre weitere und größere Erfolge zu erzielen. Deshalb rufe ich allen Kollegen und Kolleginnen zu: Es lebe die Privatgärtnervereinigung im Jahre 1921! Unsere Losung sei: „Gerade und recht!“

W. Gollisch.

## Lehrlings- und Bildungswesen

### An den Lehrlingsprüfer

stellen wir für heute: Emmerich am Niederrhein: Firma Schmitz, 1 Obergärtner, 1 Gehilfe, 3 Lehrlinge. Reutter,

nur 3 Lehrlinge. — Goch am Niederrhein: W. w. Eichelmeier, nur 2 Lehrlinge. — Hagen i. W.: In den hiesigen Gartenbau-betrieben wurden am 12. November 7 Gehilfen, 14 Lehrlinge beschäftigt. Nach diesem Schema hört nach bereits 1½ Jahren die Tätigkeit als Gehilfe auf. Könnte Herr Kamp hier nicht seinen wohlthuenden Einfluß ausüben? Oder sollen wir dieses Hagener System nicht in den neuen Westfalentarif aufnehmen?

## Preisentscheidungen

der Verwaltung Industriebezirk für sämtliche Verbandsmitglieder. Thema: „Wie erzielt man die Rentabilität einer Zechen-, Werks- oder Privatgärtnerei?“ Die Preisarbeit soll möglichst zwei Seiten unseres Fachblattes nicht übersteigen. Sie muß auch eine zahlenmäßige Rentabilitätsberechnung enthalten und soll sich nur über eine der oben bezeichneten Betriebsarten erstrecken. Einlieferungsfrist bis 1. Februar 1921 an die Gauleitung Düsseldorf.

Preisrichter sind fünf Verbandsmitglieder, die Nichtbewerber sein müssen. Die Arbeit ist mit einem Kennwort zu versehen, das ebenso wie der Name des Verfassers, in einem geschlossenen Briefumschlag beizufügen ist. Als Preise kommen 350 Mk. zur Verteilung, einer von 150 Mk., einer von 100 und zwei von je 50 Mk. Die prämierten Arbeiten können im „Fachblatt“ unseres Verbandes zum Abdruck gebracht werden.

## Rundschau

### Außerordentlicher Internationaler Gewerkschaftskongreß in London.

Diese vom 22.—27. November abgehaltene Tagung gehört zu den bedeutendsten Kundgebungen der organisierten Arbeiterschaft überhaupt. Das gilt vor allem für den einmütigen Beschluß zur internationalen Aufnahme des Kampfes um die Sozialisierung, in dem die Erkenntnis des Zusammenbruches der kapitalistischen Wirtschaft und unserer eigenen Macht zum Ausdruck kam.

Darüber hinaus beschäftigte sich der Kongreß mit der drohenden Besetzung des Ruhrgebietes, die auf Grund der Berichte der internationalen Studienkommission in ein besonderes Licht gerückt wurde.

Weiter verhandelte der Kongreß über die Lage der internationalen Gewerkschaften, die Sprengungsversuche und Beschimpfungen der Moskowiter, den weißen Schrecken in Ungarn, den Wirtschaftskrieg gegen Rußland, Achtstundentag, Massenstreik, internationaler Boykott, Pazifismus, Valutafrage, Annulierung der internationalen Kriegsschulden und Rohstoffversorgung. Dazu wurden entsprechende Resolutionen angenommen. Schließlich ist noch festzustellen, daß das durch den Krieg getrübe kameradschaftliche Verhältnis sich wieder zu festigen beginnt, weil die wirklichen Kriegsursachen immer mehr erkannt werden und weil alle Delegierten sich darüber klar waren, daß die Not der einzelnen Länder und der Druck des internationalen Kapitalismus nur durch gemeinschaftliche Aktionen beseitigt werden können. Infolgedessen kann als wichtigstes Ergebnis die einmütige Parole: Nie wieder Krieg! gebucht werden.

## Bekanntmachungen

### Gau- und Ortsverwaltungen.

**Danzig.** Die Versammlungen finden jetzt jeden Mittwoch nach dem ersten im Monat, in Danzig, Schlüsseldamm 28, Restaurant Beußler, statt. Vorsitzender ist Kollege Willy Gelling. Ohra bei Danzig, Südstr. 38.

**Hamburg.** Ab 18. Januar findet ein Referentenkurs statt. Die Leitung hat der den Kollegen bekannte Schriftsteller Laufkötter übernommen. Alle Kollegen, die weiter wollen, ersuchen wir, an diesem Kurs teilzunehmen. Der Kurs ist unentgeltlich. Anmeldungen erbiten wir vorher an das Büro zu geben. Dieser Kurs findet jeden Dienstag, ab 18. Januar 1921, statt.

## Sterbetafel.

Am 15. Dezember verstarb das Mitglied der Verwaltung Groß-Berlin, Bez. Siemensstadt, der Kollege Ludwig Lotzold an Tuberkulose.

Ehre seinem Andenken!